

Manifest für die Steuergerechtigkeit

Ausschuß für Steuergerechtigkeit der KAB im März 2008

Wehret den Anfängen: Unser Gemeinwesen ist bedroht!

Ursache ist die zunehmend mangelnde Steuermoral der Menschen, denen über Jahrzehnte eingeredet wurde, der Staat würde über die Maßen hinweg unsere Einkommen beschneiden und eine Politik der Verschwendung betreiben. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Steuerquote ist stetig gesunken; sie liegt zur Zeit bei ca. 20 % und damit 4 % niedriger als noch vor 15 Jahren. Unser Staatswesen ist hoch effizient geworden und beschäftigt gegenüber Anfang der neunziger Jahre 1 Mio. weniger Angestellte und Beamte. Und vor allem für hohe Einkommen und große Vermögen sind in den letzten Jahren Steuerentlastungen vorgenommen worden, die zu einer exponentiell wachsenden Spaltung in den Einkommen und Vermögen geführt hat. Trotz der Entlastungen bleibt das Kapital weiter flüchtig und Hochverdiener ziehen immer noch Monaco, Liechtenstein oder bestimmte österreichische Täler vor. Wie stark sollen die monetären Anreize noch werden, bis die Idee begraben wird durch Steuersenkungen die Schattenwirtschaft zu reduzieren und die Schurkenstaaten (Steueroasen) auszutrocknen.

Wir reden über Defizite und Kostensteigerungen in den Sozialversicherungssystemen, ohne die Ursache zu benennen: Flächendeckend sinkende Löhne und Abbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen lassen die Sozialbeiträge schrumpfen. Die Mittelschicht bricht unerwartet schnell weg: Die niedrigen Einkommen brauchen keine Steuern zu zahlen und die Hocheinkommen wollen keine Steuern zahlen. Das Dilemma ist da!

Unter Zugrundelegung der Situation von 1980 bezüglich des Steueraufkommens und der Arbeitsverhältnisse würden wir nicht über Defizite reden, sondern mit den Überschüssen die öffentlichen Güter und Dienstleistungen in unserer Gesellschaft verbessern und erweitern können, gerade im Bildungswesen.

Wir müssen uns wehren!

Wehren, um den Zusammenhalt der Menschen auch weiterhin zu gewährleisten und einen Vertrauensverlust in unseren Staat, der für die nicht individuell absicherbaren Risiken aufkommt, zu vermeiden. Das neoliberale Konzept, einen Minimalstaat zu fordern, ist nicht zuletzt durch die neuen Erfordernisse in einer globalisierten Welt ad absurdum geführt worden. Armutsprozesse, strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt müssen gesteuert werden können; Bildung, Infrastruktur, Sozialpolitik sind für die Entwicklung eines Landes unerlässlich.

Nur ein starker Staat ist ein zukunftsfähiger Staat!

Wir wehren uns, indem wir konkrete Lösungsvorschläge in die Diskussion einbringen:

- ♦ **Wir fordern** eine strikte Einhaltung des Prinzips der Leistungsfähigkeit bei der Gestaltung von Steuerreformen. **Wir wehren** uns gegen die Absenkung der Höchststeuersätze, die zu einer Umverteilung von unten nach oben führen.
- ♦ **Wir fordern** die Rücknahme zahlreicher Steuervermeidungspraktiken, gerade im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht, die gesellschaftliches Einkommen in Bereiche leitet, wo nicht die Wertschöpfung für eine Volkswirtschaft im Vordergrund steht, sondern die Abschreibungs- bzw. Verlustverrechnungsmöglichkeiten. **Wir wehren** uns gegen diese Verschwendung, welche nur zur Aushöhlung des Vertrauens in die Besteuerungspraxis führt.

- ♦ **Wir fordern** politischen Druck ein, zu einer weitergehenden Ächtung, gerade der nicht kooperativen Steueroasen. **Wir wehren** uns gegen die Verlagerung von Einkommen/Vermögen, welche durch bilaterale und multilaterale Abkommen eingedämmt werden könnten.
- ♦ **Wir fordern** einheitliche Bemessungsgrundlagen für die Besteuerung von Unternehmen in der EU. Konzepte für eine harmonisierte Besteuerung liegen vor. **Wir wehren** uns damit gegen einen unfairen Steuerwettbewerb, der die Staaten nur gegeneinander zulasten des Gemeinwesens ausspielt.
- ♦ **Wir fordern** den Ausbau der direkten Besteuerung und **wehren** uns gegen die weitere Erhöhung von Umsatz- und Verbrauchsteuern, da hiermit die Niedrigeinkommenshaushalte besonders stark belastet werden.
- ♦ **Wir fordern** die Wiedereinführung der Vermögensteuer und Erhöhung der Schenkung- und Erbschaftsteuer. **Wir wehren** uns gegen die steuerliche Nichtbeachtung von Vermögen und Vermögenszuwächsen und –übergängen, welche nicht nur die gravierende Vermögensspaltung zementiert, sondern exponentiell zunehmen lässt.
- ♦ **Wir fordern** multilaterale Steuerabkommen, damit auch Finanzmarkt- und Devisentransaktionen belastet werden können (Beispiel ist die Tobin Tax). **Wir wehren** uns gegen die steuerliche Ignoranz nur den Produktionsfaktor Arbeit steuerlich belasten zu wollen.

Nicht die Idee einer Flat -Tax ist zukunftsfähig, sondern eine Besteuerung nach dem Prinzip:

Jedem nach seinem Einkommen, jedem nach seinem Vermögen.

Ausschuss für Steuergerechtigkeit der KAB im März 2008

Georg Hupfauer , KAB Bundesvorsitzender

Peter Niedergesäss, Vorsitzender Ausschuss – Steuergerechtigkeit

Brigitte Lehmann

Theo Heek

Ralf Welter

Matthias Blöcher, Geschäftsführer Ausschuss -Steuergerechtigkeit